



## **Ausschussmitglieder**

Herr Peter Lehmann CDU/ANW entschuldigt

## **sachkundige Einwohner**

Herr Jan Hanisch DIE LINKE nicht teilgenommen  
Frau Claudia Mucha SPD nicht teilgenommen  
Herr Rudi Wiggert SPD entschuldigt

### Gäste:

Frau Holtkamp (Stadtplanung und Stadterneuerung, Verbindliche Bauleitplanung)  
Herr Hartmann (Verkehrsmanagement)  
Herr Beck (Bauordnung und Denkmalpflege)  
Herr Lehmann (Stadterneuerung)  
Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung)  
Herr Domnick (Beteiligungsverwaltung)  
Frau Hermann und Frau Luderich (Anwohner Drewitz)  
Herr Frehse (Bürgervertretung Drewitz)

Niederschrift:  
Frau Kropp

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.04.2013/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
  
- 3 Aus der vergangenen Sitzung zurück gestellte Tagesordnungspunkte
  - 3.1 Information "Baustellen 2013 im Hauptverkehrsnetz der LHP"  
FB Grün- und Verkehrsflächen
  
  - 3.2 Info. bzgl. der Ausschreibung des Grundstücks Breite Straße  
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
  
  - 3.3 Aufstellungsbeschluss für die Änderung des B-Plans 124  
Titel neu:  
Aufstellungsbeschluss für die Änderung der Bebauungspläne Nr. 9 "Gewerbe-

und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam- Nord/Friedrichspark Teilbereich Uetz-Paaren" (OT Uetz-Paaren) und Nr. 7 "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark Teilbereich Satzkorn" (OT Satzkorn) (Wiedervorlage)

Vorlage: 13/SVV/0059

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

KOUL

3.4 Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" (OT Golm), Entscheidung zum weiteren Verfahren (Wiedervorlage)

Vorlage: 13/SVV/0110

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
auch OBR Golm und Eiche

3.5 Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV

Vorlage: 13/SVV/0203

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

3.6 Kino Charlott

Vorlage: 13/SVV/0221

FB Bauaufsicht und Denkmalpflege

4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

4.1 Bebauungsplan SAN - P 16 "Stadterweiterung Nord"

Änderung des Aufstellungsbeschlusses Erweiterung des Geltungsbereichs

Vorlage: 13/SVV/0254

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

4.2 Bebauungsplan SAN - P 04 "Teilraum Block 12"

Aufhebung des Änderungsverfahrens des Bebauungsplans

Vorlage: 13/SVV/0255

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

4.3 Bebauungsplan Nr. 34-4 "Eichenallee / Grabenstraße"

Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur Herauslösung aus dem Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 34  
"Katharinenholzstraße / Ribbeckstraße"

Vorlage: 13/SVV/0231

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

4.4 Werbesatzung, Teilbereich Innenstadt, Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung

Vorlage: 13/SVV/0232

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

KOUL, HA

- 5            Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1        Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 11.04.2013 bis 30.04.2013 sowie Beantwortung von Nachfragen aus vergangenen Sitzungen  
Bereich Bauordnung
- 6            Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1        Eröffnung der Sitzung**

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz.

#### **zu 2        Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.04.2013/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 23.04.2013 gibt es folgende Einwendungen von Herrn Krause:

"Antrag folgende Änderungen zur Niederschrift der 81. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen zu berücksichtigen:

(... die zu berücksichtigenden Änderungen sind **fett** in die jeweiligen Textpassagen eingefügt)

##### **Seite 2 und 5**

Herr Christian Prenzlow (Interessenvertretung **für der einzelne** Grundeigentümer) zum TOP 3.4

##### **Seite 12**

Zu den Ausführungen von Herrn Kahle bringt Herr Krause zum Ausdruck, dass seines Erachtens insbesondere **der die** Kreuzungspunkte

- Kaiser-Friedrich-Str. / Amundsenstraße

–Amundsenstraße

**für die Zukunft** nicht ausreichend **leistungsfähig** ist ~~sind~~. Er spricht sich dafür aus, das gesamte Verkehrsnetz zu betrachten, da er dieses aufgrund der erheblichen Zunahme des Verkehrs nicht für leistungsfähig genug hält. Hinsichtlich der Verbindung ~~zur B-273~~ zum **Baugebiet „Altes Rad“ im Ortsteil Eiche** spricht er den Immissionsschutz an Die Durchführung des Alten Rades soll nur begrenzt werden, nicht unterbunden.

**Herr Krause weist darauf hin, dass für eine Nordanbindung die städtischen Grundstücke parallel zur Bahn, die eine ausreichende Breite für eine Straßenführung haben, genutzt werden könnten. Eine städtebauliche Begründung für eine Nordanbindung ergibt sich allein schon aus der Erfordernis einer direkten Anbindung des künftigen Gewerbegebietes an das überörtliche Straßennetz. Für LKW-Verkehr ist das Gewerbegebiet nach dem jetzigen Stand der Planung nur umwegig über den Straßenzug Geiselbergstraße/Reiherbergstraße/Karl-Liebknecht-Straße erreichbar.**

Herr Dr. Bauer erkundigt sich, ob die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbes noch möglich wäre und welche Konsequenzen es hätte. **Das Gebiet erscheint ihm wenig einladend; könnte überall gebaut werden, nichts Charakteristisches! Städtebauliche Alternativen: Wohnriegel vs. Würfelbauten?**

**Herr Kirsch spricht sich für einen Generalstabsplan für das ganze ländliche Gebiet aus. Ein Masterplan rund um Golm ist erforderlich.**

#### Seite 13

Die Ausschussvorsitzende stellt den GO-Antrag auf Vertagung des TOP`s auf die Mai-Sitzung am 28.05.12, um sich in der Fraktion beraten zu können..

#### Seite 18

(zu 3.10)

**Herr Krause spricht das Erfordernis eines zügigen Eintritts in das aktive Liegenschaftsmanagement an und verweist auf das StEK Gewerbe. Er bittet Herrn Frerichs darzulegen, welche Schritte in Richtung eines aktiven Liegenschaftsmanagements eingeleitet worden sind.**

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass die von Herrn Krause gewünschte Änderung auf Seite 13 (DS 13/SVV/0110) – Vertagung des TOP`s auf die Mai-Sitzung am 28.5.2013 – Auswirkungen auf die heutige Tagesordnung hätte. Frau Hüneke hatte die vergangene Sitzung geleitet, bedauert jedoch, dass sie sich daran nicht mehr erinnern könne.

Herr Klipp macht aufmerksam, dass die veröffentlichte Tagesordnung diesen TOP enthält und extra zu diesem TOP Eigentümervertreter angereist sind. Von daher hält er es nicht für opportun, die Behandlung zu verschieben.

Auch seitens der anderen Ausschussmitglieder kann die Aussage von Herrn Krause weder bestätigt noch dementiert werden.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Änderungsbedarfe von Herrn Krause – mit Ausnahme des Vertagungspassus – in die Niederschrift v. 23.4.13 zu übernehmen.

Die entsprechend geänderte Niederschrift wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Der Ausschussvorsitzende erinnert, dass die Verwaltung in der vergangenen Sitzung zum Kreisel Drewitz informiert habe und es hier unterschiedliche Auffassungen sowohl von Frau Ute Herrmann und der Bürgervertretung geben soll. In der heutigen Sitzung wird beiden die Gelegenheit gegeben, ihre Positionen darzustellen.

Dazu liegen folgende Anträge auf Rederecht vor:

- von Frau Ute Herrmann und Frau Luderich (Rededauer je 2,5 Min)
- von der Bürgervertretung Drewitz, Herrn Frehse (Rededauer max. 5 Min.)

Dies wird zu Beginn der Sitzung erfolgen.

Frau Hüneke informiert, dass Sie den Antrag 13/SVV/0059 zurück zieht.

## **neu Gewährung von Rederechten zur Baumaßnahme Kreisel Drewitz**

Frau Herrmann (Anwohnerin) spricht sich an Hand einer Präsentation für die Umsetzung eines großen und begrünten Kreisels aus.

Frau Luderich (Anwohnerin) spricht die angeblich mangelhafte Beteiligung der Bürger an und verweist darauf, dass es keine Beschlussfassung durch die Bürgervertretung gegeben habe. Sie übergibt dem Ausschussvorsitzenden eine Unterschriftensammlung sowie Gesprächsnotizen verschiedener Personen.

Herr Frehse (Bürgervertreter) kann die Aussagen der Vorrednerinnen nicht bestätigen. Die Planung hat in 2011 vorgelegen, die Bürgervertretung hat Einverständnis erklärt. Er macht aufmerksam, dass in der Bürgervertretung nicht ein Bürger war, der die Begrünung des Kreisels gefordert habe.

Frau Hüneke bittet zu den Protokollen der Bürgervertretung Zugang zu gewährleisten.

Herr Frehse wird sich darum kümmern.

Der Ausschussvorsitzende hält fest, dass die an ihn übergebenen Unterlagen bei der Ausschussbetreuerin hinterlegt werden, falls Bedarf zur Einsichtnahme besteht.

**zu 3 Aus der vergangenen Sitzung zurück gestellte Tagesordnungspunkte**

**zu 3.1 Information "Baustellen 2013 im Hauptverkehrsnetz der LHP"**  
FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Hartmann (Arbeitsgruppe Verkehrsmanagement) stellt die Baumaßnahmen vor und geht auf einzelne Rückfragen der Teilnehmer ein. Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**zu 3.2 Info. bzgl. der Ausschreibung des Grundstücks Breite Straße**  
FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Stadtplanung und Stadterneuerung) berichtet, dass es für dieses Grundstück inzwischen 3 Ausschreibungen gibt (Juni 2010, Mai 2011 und März 2013 – diese läuft noch). Städtebauliche Variantenuntersuchungen sind dazu als Anregung für die an der Ausschreibung Interessierten beigefügt worden. Die Beurteilung des Vorhabens erfolgt nach § 34 BauGB. Sobald diese Ausschreibung zu einem positiven Ergebnis gekommen ist, erfolgt eine Information im SB-Ausschuss.

Herr Jäkel erkundigt sich, auf welcher Grundlage die Bebauungsvorschläge entstanden sind? Insbesondere spricht er die Berücksichtigung der Abstandsflächen an und fragt nach der Möglichkeit, eine Bebauung dieses Grundstücks zu verhindern.

Herr Klipp erinnert, dass die Ausschreibung dieses Baugrundstücks zur Refinanzierung für den Ankauf des ehem. Intershop in der Schopenhauer Str. dienen sollte. Der Abriss des Gebäudes ist bereits ausgelöst worden. Er fasst zusammen, dass es sich hier um die notwendige Gegenfinanzierung für die bereits getätigten Ausgaben handelt. Die Unterbreitung von Bebauungsvorschlägen, die nach § 34 BauGB genehmigungsfähig wären, ist Aufgabe der Verwaltung als Dienstleister. Auf die Frage, weshalb mehrmalige Ausschreibungen erfolgten, antwortet Herr Klipp, dass diese bisher nicht erfolgreich zum Abschluss eines Kaufvertrages geführt hätten.

Herr Jäkel hält an seinem Standpunkt fest und spricht sich gegen die Bebauung der Fläche aus. Die Refinanzierung sollte auf anderem Wege erfolgen.

Herr Pfrogner vermisst die Diskussion zur stadträumlichen Entwicklung, wie einen vorlaufenden Wettbewerb.

Herr Klipp weist auf das Kopplungsverbot (Wettbewerbsergebnis mit Grund-

stücksvergabe) hin. Er erinnert an den Beschluss der STVV aus dem Jahr 2011, wonach das abgestimmte Vorhaben dem SB-Ausschuss vor der abschließenden Beurkundung vorzulegen ist. Dieser Forderung wird die Verwaltung zum gegebenen Zeitpunkt nachkommen.

### zu 3.3 **Aufstellungsbeschluss für die Änderung des B-Plans 124**

**Titel neu:**

**Aufstellungsbeschluss für die Änderung der Bebauungspläne Nr. 9 "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark Teilbereich Uetz-Paaren" (OT Uetz-Paaren) und Nr. 7 "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark Teilbereich Satzkorn" (OT Satzkorn)**

**(Wiedervorlage)**

**Vorlage: 13/SVV/0059**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

KOUL

Frau Hüneke zieht für die antragstellende Fraktion den Antrag zurück. Sie behält sich vor, diesen ggf. in geänderter Fassung zu einem späteren Zeitpunkt erneut einzubringen.

### zu 3.4 **Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" (OT Golm), Entscheidung zum weiteren Verfahren (Wiedervorlage)**

**Vorlage: 13/SVV/0110**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
auch OBR Golm und Eiche

Herr Klipp macht zusammenfassend aufmerksam, dass die Planungsziele

- in der Erweiterung des Wissenschaftsparkes um dringend benötigte Flächen (Bestandteil des Gewerbeflächenkonzeptes) und
- in der Schaffung von Wohnbauflächen direkt angrenzend

bestehen. Beides sei im beschlossenen STEK Gewerbe, STEK Wohnen und FNP so enthalten.

Er berichtet weiter, dass ein Konsens mit den Eigentümern erzielt werden konnte und verweist auf das Schreiben von Frau Prenzlau, welches den Ausschussmitgliedern zugegangen ist.

Wichtige Aufgabe ist es jetzt, die zügige Entwicklung des Bebauungsplanes und die Schaffung von Planungssicherheit zu erreichen.

Frau Holtkamp (Stadtplanung und Stadterneuerung) geht nochmals auf die bereits zur vergangenen Sitzung als Tischvorlage ausgereichten Voten der Ortsbeiräte Eiche und Golm ein.

- Einstimmige Zustimmung des OBR Eiche zum Vorschlag "Im Norden des Gewerbegebietes und in der Verlängerung durch die anschl. Grünfläche ist eine öffentliche Straßenverkehrsfläche festzusetzen. Der nördlichste Abschnitt ist als Vorhaltetrasse für eine Straßenanbindung nach Norden in Richtung Bornim vorzusehen"
- Ähnliches Votum durch den OBR Golm mit 4/1/0 hinsichtlich der Verlängerung der Vorhaltetrasse im Norden bis an die Plangebietsgrenze
- Keine Mehrheit hat im OBR Golm ein Antrag von Herrn Krause gefunden, welcher verschiedene andere Punkte beinhaltete.



Anhand einer Präsentation geht Frau Holtkamp auf die vorgenommenen Änderungen ein, die sich aus der Planungswerkstatt ergeben haben (die Folien werden dem Protokoll als Anlage beigelegt).

Herr Jäkel bestätigt, dass sowohl der OBR Golm und OBR Eiche dem Anliegen der nördlichen Anbindung gefolgt sind und bittet seinen Antrag als Punkt 2 neu einzufügen:

2. Im Norden des Gewerbegebietes und in der Verlängerung durch die anschließende Grünfläche ist eine öffentliche Straßenverkehrsfläche festzusetzen. Der nördlichste Abschnitt ist als Vorhaltetrasse für eine Straßenanbindung nach Norden in Richtung Bornim vorzusehen.

Weiterhin schlägt Herr Jäkel vor, zusätzlich als Punkt 4 einzufügen:

4. Der OBM wird beauftragt, bis Oktober 2013 einen Entwurf für die nächsten planerischen Schritte vorzulegen, mittels derer eine Straßenverbindung vom Nordrand des Plangebietes B-Plan Nr., 129 zur B 273 Bornim entwickelt werden kann.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) bringt zum Ausdruck, dass die zügige Entwicklung gewünscht wird. Für höherwertiges Gewerbe werden diese Flächen benötigt. Herr Frerichs zitiert aus einem Schreiben, dass auch der Standortmanager, Herr Winskowski – welcher heute nicht teilnehmen kann – die zügige Fortführung des Bebauungsplanverfahrens befürwortet (das Schrb. von Herrn Winskowski wird den Ausschussmitgliedern als Anlage zur Verfügung gestellt).

Herr Krause bestätigt den erreichten Konsens verweist aber darauf, dass die Rahmenbedingungen stimmen müssen. Alle Akteure vor Ort müssen mit eingebunden sein. Eingehend auf den Hinweis von Herrn Goetzmann in der vergangenen Sitzung, dass die planungsrechtliche Sicherung der Nordanbindung zu einer Verzögerung von 2 Jahren führen würde, ist eine Entzerrung des Problems dadurch möglich, dass ein politisches Bekenntnis zur Nordanbindung gegeben und verwaltungsseitig ein eigenständiges Planverfahren vorbereitet wird. Er ist der Auffassung, dass spätestens mit Realisierung des B-Planes dann entsprechende planerische Schritte eingeleitet werden müssen.

Für das Gewerbegebiet sieht Herr Krause keinen überstürzten Handlungsbedarf, solange die Flächenpotentiale im B-Plan 100-1 ungenutzt sind. Herr Krause geht im Weiteren auf die Umlegung ein. Die zügige Realisierung des B-Planes setzt voraus, dass die Eigentümer „mitziehen“. Im Moment sind Eigentümer zum Teil gegen die Umlegung. Alle Eigentümer sollten "mit ins Boot geholt" werden. Noch vorhandener Konfliktstoff sollte im Dialog geklärt werden und alle Eigentümer/Akteure sind anzubinden.

Frau Hüneke teilt mit, dass sie an dem Ergänzungsantrag der B90/Gr. v. 18.3.13 nicht weiter festhält. Die Arbeit am Masterplan hat ihres Erachtens jetzt große Bedeutung, so dass sie unter Aufnahme eines Hinweises von Herrn Pfrogner folgenden Antrag stellt:

Neu Punkt 5:

5. "Die Gestaltung der öffentlichen Grünflächen im Bebauungsplan soll über einen landschaftsplanerischen Wettbewerb erfolgen, der parallel zum wei-

teren Bebauungsplanverfahren durchzuführen ist. In das Wettbewerbsverfahren einschließlich der Aufgabenstellung, sind sowohl die Anwohnerinitiative als auch die Eigentümer des Plangebietes auf geeignete Weise einzubeziehen. Das Wettbewerbsergebnis ist vor Abschluss des Bebauungsplanverfahrens im Ortsbeirat Golm und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vorzustellen.

Herr Dr. Bauer stellt fest, dass in dem Bereich wo Gewerbe entstehen soll, weder kulturelle noch sportliche Einrichtungen vorgesehen sind. Damit würde ein erwarteter Synergieeffekt wegfallen. Außerdem hinterfragt er die textlichen Festsetzungen 3 und 4 im Bebauungsplan.

Herr Pfrogner antwortet, dass die textlichen Festsetzungen im Werkstattverfahren sehr intensiv diskutiert worden sind.

Frau Holtkamp berichtet, dass in der Planungswerkstatt sehr intensiv besprochen worden ist, welche Nutzungen in den Gewerbegebieten zugelassen werden. Anlagen für soziale und kulturelle Zwecke sind oft sehr flächenintensiv und fordern entsprechende wechselseitige Rücksichtsmaßnahmen. Dafür geeignete Stellen in Golm zu finden ist Gegenstand des Maßnahmeplans. Bei der Vorlage des nächsten Verfahrensstands zum Bebauungsplan soll über den Stand der Masterplanung informiert werden wird.

Herr Krause teilt mit, dass er seinen Änderungsantrag (sh. Behandlung im OBR Golm am 16.4.13) zurück zieht, wenn die v.g. Änderungsanträge von Herrn Jäkel und Frau Hüneke aufgenommen werden. Zusätzlich bittet Herr Krause bei der weiteren Bearbeitung des Bebauungsplanes die Zielstellungen des Beschlusses 12/SVV/0241 zu berücksichtigen

Die nachfolgend geänderte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende geänderte Vorlage zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: ^

1. Über die grundsätzlichen Positionen, die in den zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" (OT Golm) durchgeführten Beteiligungs- und Mitwirkungsprozessen seitens der berührten privaten Interessensvertreter vorgetragen wurden, wird im Rahmen der Abwägung entschieden (s. Anlage 2), das Bebauungsplanverfahren ist auf dieser Grundlage fortzuführen (s. auch Anlage 7).

Neu

2. **Im Norden des Gewerbegebietes und in der Verlängerung durch die anschließende Grünfläche ist eine öffentliche Straßenverkehrsfläche festzusetzen. Der nördlichste Abschnitt ist als Vorhaltetrasse für eine Straßenanbindung nach Norden in Richtung Bornim vorzusehen.**

Alt 2. – neu:

3. In Anwendung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung über die Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung (s. DS 12/SVV/0703) soll die Öffentlichkeits-beteiligung zum Entwurf des Bebauungsplans gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) erst nach Vorliegen der schriftlichen Zustimmungen der Planungsbegünstigten zur Übernahme der Verpflichtungen aus dieser Richtlinie erfolgen.
4. **Der OBM wird beauftragt, bis Oktober 2013 einen Entwurf für die nächsten planerischen Schritte vorzulegen, mittels derer eine Straßenverbindung vom Nordrand des Plangebietes B-Plan Nr., 129 zur B 273 Bornim entwickelt werden kann.**
5. **"Die Gestaltung der öffentlichen Grünflächen im Bebauungsplan soll über einen landschaftsplanerischen Wettbewerb erfolgen, der parallel zum weiteren Bebauungsplanverfahren durchzuführen ist. In das Wettbewerbsverfahren einschließlich der Aufgabenstellung, sind sowohl die Anwohnerinitiative als auch die Eigentümer des Plangebietes auf geeignete Weise einzubeziehen. Das Wettbewerbsergebnis ist vor Abschluss des Bebauungsplanverfahrens im Ortsbeirat Golm und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vorzustellen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>10</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

### **zu 3.5 Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV**

**Vorlage: 13/SVV/0203**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Einbringung des Antrages ist bereits in der vergangenen Sitzung erfolgt. Frau Hüneke bringt folgende geänderte Fassung (sh. Beschlusstext) ein und stellt diese nach kurzer Verständigung zur Abstimmung.

Herr Heuer macht aufmerksam, dass die Zustimmung zu diesem Antrag nicht gleichbedeutend ist, dass es eine grundsätzliche Zustimmung zum kostenlosen ÖPNV gebe.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Antrag zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der OBM wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die den Denkansatz des "Ticketfreien ÖPNV" für die Landeshauptstadt Potsdam berät. Dabei sollen folgende Aspekte systematisch zusammengetragen und aufgezeigt werden:

- die Erfahrungen anderer Städte wie Hasselt oder Tallinn;
- die Entwicklungsstände anderer Städte wie Tübingen, Hamburg, Kiel u.a.;
- das gesamte Spektrum von Finanzierungsbausteinen beispielsweise aus Job-

tickets und Investitionsbeteiligung durch die Potsdamer Arbeitgeber sowie durch das Bürgerticket;

- die Erörterung von Ausnahmen, wie dem Schülerticket;
- die Belange des Verkehrsverbundes VBB;
- die möglichen Formen der Bürgerbeteiligung;
- die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen.

Die Arbeitsgruppe soll externe Experten, Vertreter der Verwaltungen, der Verkehrsbetriebe sowie der Fraktionen umfassen.

**Zur Vorbereitung wird die Verwaltung beauftragt, die in Potsdam z. Zt. geltenden Parameter aufzuzeigen sowie die Anregungen des Antrages einer externen Bewertung zu unterziehen.**

Dazu ist der STVV im ~~Mai~~ **September 2013** ein Vorschlag zu unterbreiten.

~~Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2013 ein erster Bericht mit Vorschlägen zu konkreten weiteren Schritten zu erstatten.~~

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>10</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3.6**

**Kino Charlott**

**Vorlage: 13/SVV/0221**

FB Bauaufsicht und Denkmalpflege

Herr Beck (Bauordnung und Denkmalpflege) informiert, dass der Eigentümer angeschrieben worden ist. Dieser hat um Fristverlängerung bis 21. Mai 2013 gebeten. Es besteht das Bestreben, das Denkmal zu erhalten. Konkrete zeitliche Aussagen sind nicht möglich.

Herr Jäkel regt an, Gespräche mit dem Eigentümer auch hinsichtlich städtebaulicher Belange und ggf. über eine Rückführung an die Stadt zu führen. Dabei sollte auch der Zusammenhang mit der Gesundheitsgasse dargestellt werden.

Herr Beck bestätigt, dass man das Gespräch mit dem Eigentümer führen wird, um seine Interessen zu erfahren. Eine Rückabwicklung bzw. einen Zwang zum Verkauf wird es nicht geben.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**zu 4**

**Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1**

**Bebauungsplan SAN - P 16 "Stadterweiterung Nord"**

**Änderung des Aufstellungsbeschlusses Erweiterung des Geltungsbereichs**

**Vorlage: 13/SVV/0254**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Kirsch erklärt sich zu diesem TOP für befangen und beteiligt sich weder an der Diskussion noch an der Abstimmung.

Herr Lehmann (Stadterneuerung) bringt die Vorlagen SAN P 16 und SAN P 04 gemeinsam ein und beantwortet Rückfragen zu den Planungszielen.

Hinsichtlich der kulturellen Nutzungen erkundigt sich Herr Dr. Bauer zum B-Plan SAN P 16, was mit der Beteiligung des AStA bezweckt sei und Frau Hünecke nach den Bindungsfristen der Fördermittel. Insbesondere, wie die kulturellen Nutzungen des studentischen Kulturzentrums über die Eigentümerschaft des Studentenwerks und die Bindungsfristen der Förderung hinaus gesichert werden?

Herr Lehmann teilt mit, dass mit der Erweiterung des B-Plans SAN P 16 beabsichtigt ist, neben der Sicherung der Wohnfunktion auch die in den Nutzungsarten und auch räumlich erweiterten Funktionen des studentischen Kulturzentrums in Übereinstimmung mit der Förderung zu sichern.

Die Vorlagen werden gesondert zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan SAN – P 16 „Stadterweiterung Nord“ wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB geändert.
2. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans wird um die Grundstücke Gutenbergstraße 1 bis 6 und Hermann-Elflein-Straße 8 bis 10 erweitert.
3. Der Bebauungsplan SAN-P 16 „Stadterweiterung Nord“ ist in einem vereinfachten Verfahren gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 1 BauGB aufzustellen (s. Anlagen 1 und 2).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>10</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 4.2      Bebauungsplan SAN - P 04 "Teilraum Block 12"**  
**Aufhebung des Änderungsverfahrens des Bebauungsplans**  
**Vorlage: 13/SVV/0255**  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Sh. TOP 4.1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Bebauungsplans SAN – P 04 „Teilraum Block 12“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wird aufgehoben (s. Anlage 1).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>11</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 4.3      Bebauungsplan Nr. 34-4 "Eichenallee / Grabenstraße"  
Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur Herauslösung aus dem Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 34 "Katharinenholzstraße / Ribbeckstraße"**

**Vorlage: 13/SVV/0231**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Stadtplanung und Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein.

Auf Rückfrage von Herrn Heuer informiert Frau Holtkamp, dass vermehrte Anfragen nach Bebaubarkeit Anlass für dieses Aufstellungsbeschluss sind.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 34-4 "Eichenallee / Grabenstraße" ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (siehe Anlage).
2. Der Bebauungsplan Nr. 34-4 "Eichenallee / Grabenstraße" in seinen Geltungsbereichsgrenzen ist gemäß § 1 Abs. 8 BauGB aus dem räumlichen Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 34 "Katharinenholzstraße / Ribbeckstraße" herauszulösen (siehe Anlage).
3. Die Festlegung der Priorität entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2011 (DS 01/059/2) und nachfolgender Aktualisierung soll für den Bebauungsplan Nr. 34-4 "Eichenallee / Grabenstraße" erst im weiteren Aufstellungsverfahren bestimmt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>11</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 4.4 Werbesatzung, Teilbereich Innenstadt, Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung**

**Vorlage: 13/SVV/0232**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
KOUL, HA

Frau Holtkamp (Stadtplanung und Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein.

Herr Heuer bedauert, dass die Vorlage erst jetzt zur Auslegung gebracht wird, obwohl der Beschluss zur Änderung bereits 2 Jahre zurück liegt. Er bittet die Verwaltung, das Verfahren zügig zu Ende zu bringen.

Herr Beck (Bauordnung und Denkmalpflege) erläutert die Gründe für die gegenüber der ursprünglichen Zeitplanung eingetretene Verzögerung. Im Interesse einer guten Handhabbarkeit und Durchsetzbarkeit sei die Satzung vereinfacht und "entschlackt" worden – dies habe Zeit gekostet.

Herr Cornelius bestätigt, dass die hier vorliegende Ausführung mit allen Beteiligten abgestimmt worden sei und eine gute Handlungsgrundlage für die Verwaltung darstellt. Er empfiehlt die zügige Umsetzung.

Nach kurzer inhaltlicher Verständigung wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Werbesatzung der Landeshauptstadt Potsdam, Teilbereich Innenstadt, 1. Änderung ist gemäß § 81 Abs. 9 Satz 3 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) öffentlich auszulegen (s. Anlage 1).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>10</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 11.04.2013 bis 30.04.2013 sowie Beantwortung von Nachfragen aus vergangenen Sitzungen**  
Bereich Bauordnung

Aus der Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 11.04.2013 bis 30.04.2013 wird zu folgenden Vorhaben um Information gebeten:

Lfd. Nr. 4 – Großbeerenstr. 10  
Lfd. Nr. 14 – Babelsberger Str.  
Lfd. Nr. 37 - Breite str. 25, 26, 27  
Lfd. Nr. 49 - Ritterstr.  
Lfd. Nr. 51 - Horstweg  
Lfd. Nr. 52 – R.-Breitscheid-Str. 164  
Lfd. Nr. 54 – 60 als Gruppe – Babelsberger Str.

Die Vorstellung der Vorhaben wird in der Sitzung am 11.06.2013 erfolgen.

Herr Beck (Bauordnung und Denkmalpflege) informiert zu den in den vergangenen Sitzungen nachgefragten Vorhaben und geht auf Rückfragen ein.

**zu 6      Sonstiges**

keine





Herr Matthias Klipp Beigeordneter

### **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Dr. Nicolas Bauer	Die Andere	entschuldigt

### **sachkundige Einwohner**

Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	nicht teilgenommen
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	entschuldigt

### **Gäste:**

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung)  
Herr Kahle (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung)  
Frau Möllendorf (Planungsrecht)  
Frau Jantzen (Stadterneuerung)  
Herr Praetzel (Grün- und Verkehrsflächen)  
Frau Dr. Seemann (Kultur und Museum)  
Herr Dr. Kretschmann (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur)  
Frau Rabbe (Entwicklungsträger Bornstedter Feld)  
Herr Jesse (POLO)  
Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke)  
Herr Wartenberg (Ortsvorsteher Fahrland)  
Herr Barge (Beteiligungsmanagement)  
Herr Müller-Zinsius (PRO Potsdam)

Niederschrift: Frau Kropp

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.05.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Durchgang im Schäferfeld (Wiedervorlage)  
Vorlage: 13/SVV/0176  
Fraktion DIE LINKE  
SB (ff)
  - 3.2 Weiterführung des Gestaltungsrates  
Vorlage: 13/SVV/0229  
Fraktion Die Andere  
HA
  - 3.3 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke)  
Abwägung und Satzungsbeschluss

- Vorlage: 13/SVV/0242  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
KOUL, OBR Groß Glienicke
- 3.4 Satzung Entwicklungsbereich "Krampritz"  
Vorlage: 13/SVV/0253  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
OBR Groß Glienicke, Fahrland, Neu Fahrland, KOUL, HA
- 3.5 Städtebauliches Gutachterverfahren an der Heinrich-Mann-Allee  
Vorlage: 13/SVV/0246  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
- 3.6 Gastronomie in der Schiffbauergasse  
Vorlage: 13/SVV/0248  
Fraktionen FDP, SPD  
HA
- 3.7 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild  
Vorlage: 13/SVV/0249  
Fraktion FDP  
HA
- 3.8 Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität  
Potsdam am Standort Neues Palais  
Vorlage: 13/SVV/0281  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.9 Gestaltungskonzept Breite Straße  
Vorlage: 13/SVV/0284  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
Mitteilungsvorlage
- 3.10 Fassadengestaltung der Studentenwohnanlage Breite Straße 15-21  
bezgl. DS 13/SVV/0127  
Vorlage: 13/SVV/0292  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
Mitteilungsvorlage
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 STEK Verkehr  
Vorstellung des im SBA am 15.11.2012 abgestimmten Kontrollscenario, Vorschlag Szenario  
Nachhaltige Mobilität neu  
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.2 Info. zur Genehmigungsfähigkeit Kunsthalle im Palais Barberini
- 4.3 Info. bzgl. Busverbindung vom Lerchensteig und Fahrradtrassen (entspr. Bitte von Herrn Heuer)  
Bereich Beteiligungsverwaltung  
Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung
- 4.4 BE Uferwege im B-Plan Nr. 83 "Campus am Jungfernsee" (entspr. Bitte von Herrn Heuer)  
FB Stadtentwicklung und Stadterneuerung
- 4.5 BE Alleenschutz in der Drewitzer Straße  
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.6 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 01.05.2013 bis 15.05.2013  
Bereich Bauordnung
- 5 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmütz.

#### zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.05.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 14.05.2013 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 8 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegend folgende Bitten/Informationen vor.

Von Seiten der Verwaltung der Verwaltung

- TOP 4.1 BE STEK Verkehr – nochmals zurückzustellen und erst am 11.6.13 (dann in 1. Lesung) zu behandeln
- Änderungen zur Reihenfolge

#### Vorziehen folgender TOP'e

- 3.3 B-Plan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT GG)
  - 3.4 Satzung Entwicklungsbereich "Kramnitz"
  - 3.8 Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Uni Potsdam am Neuen Palais
  - TOP 4.2 Information zur Genehmigungsfähigkeit Kunsthalle im Palais Barberini
- daran anschließend TOP 3.1 und weitere

Von Seiten der Fraktion Die Andere  
Antragsteller, Fraktion Die Andere, bittet um Zurückstellung des Antrages TOP 3.2 13/SVV/0229 Weiterführung des Gestaltungsrates Behandlung erst 11.6.13

Übermittelt durch Fraktion B90/Grüne:  
Berichterstattung der Verwaltung zur Umsetzung des Beschlusses zum Langen Stall-Workshop unter TOP Sonstiges

Herr Teuteberg bittet den TOP 3.7 13/SVV/0249 Lustgarten – Annäherung an das historische Vorbild bis zur nächsten Sitzung zurück zu stellen.

Herr Jäkel bittet den Antrag TOP 3.1 am Beginn zu behandeln und nicht Anträge der Fraktionen den Vorlagen der Verwaltung gegenüber zurück zu stellen.

Der Bitte von Herrn Jäkel wird nachgekommen. Die entsprechend veränderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Durchgang im Schäferfeld (Wiedervorlage)**

**Vorlage: 13/SVV/0176**

Fraktion DIE LINKE

SB (ff)

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und informiert, dass dieser im Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen worden ist.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in Umsetzung des Beschlusses DS 12/SVV/0151 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auf dem städtischen Grundstück zwischen Nutheschneelstraße und der Garagengemeinschaft im Schäferfeld der Durchgang zwischen beiden Straßen hergestellt wird.

Dazu hat eine Verständigung mit dem Garagenverein zu erfolgen.

Ziel ist, den Durchgang bis zum Ende des Jahres 2013 herzustellen.

Über den Stand der Umsetzung wird die Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 04.09.2013 informiert.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: **9**

Ablehnung: **1**

Stimmenthaltung: **1**

#### **zu 3.2 Weiterführung des Gestaltungsrates**

**Vorlage: 13/SVV/0229**

Fraktion Die Andere

HA

Vertagt auf die nächste Sitzung.

#### **zu 3.3 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke) Abwägung und Satzungsbeschluss**

**Vorlage: 13/SVV/0242**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
KOUL, OBR Groß Glienicke

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und bittet die ausgereichten Ergänzungen zur Beschlussvorlage mit in die Überlegungen einzubeziehen. Im KOUL-Ausschuss ist der Vorlage mit 10/0/1 zugestimmt worden, im OBR Groß Glienicke mit 7/1/0. Die Rückfrage von Herrn Jäkel bzgl. der Verkehrserschließung wird beantwortet.

Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke) bestätigt die Aussagen von Frau Holtkamp. Er berichtet, dass die Vorlage im Ort eine sehr breite Zustimmung findet und bittet die Ausschussmitglieder der Vorlage zuzustimmen.

Herr Menzel verweist auf die sehr umfangreiche Abwägungsdarstellung. Seines Erachtens handelt es sich hier um kein Nahversorgungszentrum, sondern um einen zu großflächigen Einzelhandel. Für eine wohngebietsbezogene Versorgung sei eine kleinere Versorgungseinrichtung ausreichend. Hier verweist er auf die Bedenken der IHK etc. Außerdem stellt sich ihm die Frage, ob dies aus städtischer Sicht gewollt ist. Herr Menzel kündigt an, gegen die Vorlage zu stimmen.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke) entschieden (s. Anlagen 1 bis 5).
2. Dem Städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan (s. Anlage 8) wird zugestimmt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke) wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (s. Anlagen 6 und 7).
4. Für die Investitionsmaßnahme 47003003 „Erschließung B-Plan Nr. 21 „Potsdamer Chaussee“ im OT Groß Glienicke“ wird die außerplanmäßige Auszahlung i.H.v. 400.000 EUR im Haushaltsjahr 2013 genehmigt. Die Deckung erfolgt aus dem Haushaltsrest der Investitionsmaßnahme 0742003990001 „Ausgaben Umlegungsverfahren“ (s. Anlage 9).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: **9**

Ablehnung: 1  
Stimmhaltung: 1

#### zu 3.4 **Satzung Entwicklungsbereich "Kramnitz"**

##### **Vorlage: 13/SVV/0253**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
OBR Groß Glienicke, Fahrland, Neu Fahrland, KOUL, HA

Herr Klipp erläutert die Zielstellung - eine geplante ganzheitliche Entwicklung des Gebietes.

Der zwischenzeitlich vorliegende Bescheid der Gemeinsamen Landesplanung zur Zielabweichung hat zur Folge, dass in der Begründung Teile, die sich auf das Zielabweichungsverfahren beziehen, aktuell geändert worden sind. Diese Änderungen sind den Teilnehmern als Tischvorlage ausgereicht worden.

Herr Kahle (Stadtplanung und Stadterneuerung) stellt die Satzung detailliert im Zusammenhang vor.

Der Antrag auf Abweichung vom Landesentwicklungsplan ist mit folgenden 3 Auflagen beschieden worden:

- Schutz des nördl. Grenzbereiches angrenzend an die Döberitzer Heide
- Keine Bebauung des Uferbereiches am KramnitzseeSchöne Aussicht
- Freihaltung der Bebauung des Aasberg-Südhangs (betr. 5 ha von insgesamt 9900 ha)

Hinsichtlich der Folgen wird die Landeshauptstadt Potsdam das Gespräch mit der Gemeinsamen Landesplanung suchen, mit dem Bemühen zu einer Einigung zu kommen.

Herr Jesse (POLO) geht auf Nachfrage von Herrn Kirsch auf die Höhe der Zinsen für die geplante Kreditaufnahme ein.

Auf Fragen und Hinweise verschiedener Ausschussmitglieder informiert die Verwaltung, dass die illegale Mülldeponie auf dem Aasberg in der vorgeschlagenen Abgrenzung der Entwicklungsmaßnahme enthalten ist. Hinsichtlich der Verkehrsplanung wird ein Zeitplan aufgestellt werden. Die Berichterstattung darüber wäre nach der Sommerpause möglich.

Herr Klipp ergänzt, dass mit dem Oberbürgermeister besprochen worden ist nach dem Beschluss zur Entwicklungssatzung die Genehmigung der Kommunalaufsicht für die Entwicklungsmaßnahme, Trägervertrag und die Kosten- und Finanzierungsübersicht einzuholen. Dies müsse abgewartet werden, bevor die ersten Bebauungsplanverfahren begonnen werden können. D.h. der Beginn wäre ab Ende diesen Jahres, so dass ca. Mitte des nächsten Jahres ein Ergebnis vorliegen könnte. Mit den Nutzern auf dem Aasberg und den Anwälten sind viele Gespräche bzw. Schriftverkehr geführt worden. Darunter sei eine schriftliche Zusage an Herrn Ruden, dass von der Entwicklungsmaßnahme keine Gefährdung seines Hofes ausgehen wird.

Auch hier bemühe man sich weiter, Einvernehmen mit den Anliegern zu erreichen.

Hinsichtlich des Vorschlages von Herrn Kühn einen Wettbewerb durchzuführen,

äußert Herr Klipp, dass er die Durchführung eines Ideenwettbewerbes positiv sieht. Jedoch müsse es dann auch die Sicherheit geben, dass das Ergebnis von allen akzeptiert wird. Bzgl. des Bereiches der Angerdörfer könne sich Herr Klipp eher einen Realisierungswettbewerb vorstellen, für die denkmalgeschützte Kasernenanlage und die denkmalgeschützte Handwerkersiedlung macht ein Wettbewerb ohnehin wenig sind..

Herr Menzel bittet den Bescheid der Gemeinsamen Landesplanung dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Herr Kahle bestätigt, dass im Falle der Bebauung des Aasberges ein Antrag auf Teilausgliederung aus dem Landschaftsschutzgebiet erforderlich wäre. Im Moment handelt es sich überwiegend um Brachflächen. Darüber werden Gespräche mit der Gemeinsamen Landesplanung und dem Umweltministerium gesucht. Herr Klipp ergänzt, dass für die Klärung dieser Frage mindestens 5 Jahre Zeit vorhanden sind.

Herr Pfrogner erinnert zum Thema Wettbewerb nochmals an den Beschluss der STVV zum Umgang mit Wettbewerben. Damit wäre die formelle Durchführung bereits geklärt. Im Vorfeld bittet er um mehr Transparenz bei der Wettbewerbsaufgabenstellung.

Herr Kühn merkt an, dass der Wettbewerb über alles (für das gesamte Gebiet) gehen und dann als Leitidee genutzt werden sollte.

Der Ausschussvorsitzende spricht sich für die Entwicklung dieses Bereiches im Sinne der Stadt aus. Hinsichtlich der Geschäftsordnung erinnert er an den sich auch im Geschäftsgang befindlichen Ergänzungsantrag der Fraktion B90/Grüne vom 14.05.2013.

Herr Klipp bittet in Bezug auf den Ergänzungsantrag B 90/Grüne der Verwaltung keine Vorschriften zum Verwaltungsverfahren zu machen, z.B. wer sich mit wem abstimmen solle. Die 3monatige Berichterstattung könne erfolgen.

Herr Kirsch schlägt vor, den Ergänzungsantrag abzulehnen.

Herr Menzel ändert den Ergänzungsantrag dahingehend, dass die 3monatige BE nicht gegenüber der STVV, sondern dem SB-Ausschuss erfolgen solle.

Herr Jäkel bittet die Antragspunkte des Ergänzungsantrages getrennt zur Abstimmung zu bringen.

**Der Ergänzungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen wird zur Abstimmung gestellt:  
Abstimmung zu Punkt 1 9/0/2**



## **Abstimmung zu Punkt 2 4/3/4**

Herr Wartenberg (Ortsvorsteher Fahrland) wird von Herrn Menzel gebeten, die Positionierung des OBR Fahrland darzulegen.

Herr Wartenberg bestätigt, dass der OBR Fahrland in der letzten Woche votiert habe, dem Ergebnis könne man nichts hinzufügen.

Die entsprechend ergänzte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in geänderter Form zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Satzung über die förmliche Festlegung des Entwicklungsbereichs „Krampnitz“ (Anlage 1) wird gemäß § 165 Abs. 6 BauGB beschlossen. Die Begründung (Anlage 2) wird gebilligt.

- 1. Der OBM wird beauftragt, in Vorbereitung der weiteren Planungsschritte für das Kasernengelände Krampnitz (insbesondere der Bauleitplanung) eine detaillierte Verkehrsauswirkungsanalyse durchzuführen. In Abstimmung mit dem MIL, dem Bezirksamt Spandau sowie weiterer betroffener Stellen ist ein belastbares Konzept für eine individuelle und öffentliche Verkehrsanbindung des Standortes Krampnitz in den Raum Potsdam-Berlin-Spandau zu erstellen. Dabei ist die Möglichkeit einer schienengebundenen Anbindung des Wohnortes zu prüfen und deren Machbarkeit auch in Hinblick auf die Kosten und die Finanzierung zu untersuchen.**
- 2. Der OBM führt in Vorbereitung der weiteren Planungsschritte (insbesondere Bauleitplanung) eine detaillierte Prognoseuntersuchung über die Luftschadstoffe und Lärmauswirkungen durch, die durch die zusätzliche Nutzung in Krampnitz verursacht werden. Der OBM weist darin nach, dass die Luftschadstoffgrenzwerte der 39. BImSchV eingehalten werden und die gesundheitsrelevanten Lärmbelastungen entlang der B2 (innerhalb Potsdams) durch geeignete Lärmschutzmaßnahmen vermieden werden. Dieser Nachweis ist der Abteilung 5 des MUGV zur Prüfung vorzulegen.**

**Erst nach Erfüllung der o. g. Arbeitsaufträge und Zustimmung durch die SVV kann der OBM mit der weiteren Bauleitplanung fortfahren. Die vorgenannten Untersuchungsarbeiten werden öffentlich ausgeschrieben.**

**Dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ist über die Arbeitsergebnisse alle 3 Monate zu berichten.**

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>9</b>
Ablehnung:	<b>2</b>

Stimmhaltung: 0

**zu 3.8 Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität Potsdam am Standort Neues Palais**  
**Vorlage: 13/SVV/0281**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Möllendorf (Planungsrecht) bringt die Vorlage ein. Sie informiert einleitend, dass die Universität Potsdam am Standort neues Palais wesentliche Teile der zum Welterbe gehörenden historischen Bauten nutzt. Diese denkmalverträgliche Nutzung trägt wesentlich zur Erhaltung und Pflege dieser Bauten bei, so dass nicht nur aus der Sicht der Universität selbst, sondern auch aus der Sicht des Welterbes ein Interesse an einem dauerhaften Verbleib der Universität an diesem Standort besteht.

Andererseits sind zu DDR-Zeiten bauliche Ergänzungen westlich der Straße Am Neuen Palais entstanden, die das Welterbe stark beeinträchtigen. Eine Bereinigung dieser Fehlentwicklungen ist aber realistisch nur möglich, sofern die Universität entsprechende Ersatz- und Erweiterungspotentiale erhält. Dies erfolgt mit einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, der Universität Potsdam, dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam auf der Grundlage eines abgestimmten Rahmenplans mit einem Phasenmodell.

Frau Möllendorf erläutert zum Verfahren, dass die Entwicklung in mehreren zeitlich nicht genau bestimmbar Phasen vollzogen werden soll. Kern der Verwaltungsvereinbarung wird dabei die gegenseitige zeitliche Abhängigkeit der einzelnen Realisierungsschritte sein, die sicherstellt, dass jederzeit während des Prozesses das Gleichgewicht zwischen Abriss- / Bereinigungs- und Neubaumaßnahmen sowie begleitenden Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege gewährleistet ist, so dass die öffentlichen Belange in jeder Phase hinsichtlich Eingriff und Ausgleich in Übereinstimmung gebracht werden und ebenso schrittweise eine kontinuierliche Verbesserung für die Authentizität der UNESCO-Welterbestätte erreicht wird.

Eine spätere Phase kann jeweils erst dann baulich in Angriff genommen werden, wenn die vorige Phase in vollem Umfang, insbesondere hinsichtlich der enthaltenen Abbruchmaßnahmen und der begleitenden Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, realisiert ist.

Daher wird die Stadtverordnetenversammlung gebeten, die Planungsziele zu billigen und der Steuerung der weiteren Entwicklung des Areals über den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit Rahmenplan und Phasenmodell auf der Grundlage des § 35 BauGB zuzustimmen, sowie den Oberbürgermeister zur Unterzeichnung dieser Verwaltungsvereinbarung zu ermächtigen.

Frau Möllendorf ergänzt, dass auch Herr Dr. Kretschmann (Referatsleiter Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur) für Rückfragen anwesend ist.

Seitens verschiedener Ausschussmitglieder wird insbesondere der Wegfall des Sportplatzes kritisiert und auf die fehlenden Sportflächen in der Landeshauptstadt Potsdam hingewiesen. Ebenso gefragt wird nach der Zulässigkeit der Genehmigung nach § 35 BauGB.

Herr Jäkel hätte sich gewünscht, dass auch Vertreter der Universität Potsdam

und des Asta zur Ausschusssitzung geladen worden wären. Er spricht sich gegen die Vorlage aus.

Auf die vielen Rückfragen und Hinweise der Ausschussmitglieder stellt Frau Möllendorf dar, dass der Sportplatz nicht ersatzlos weggenommen werden soll. Wo ein Ersatzstandort entsteht, müsse noch geklärt werden. Sie macht weiterhin aufmerksam, dass das Studentenwohnheim von der Planung nicht betroffen sei. Die Kosten trage das Land, so dass keine Belastung für die Landeshauptstadt Potsdam entsteht. Die Verwaltungsvereinbarung sei fast endverhandelt und die Planungsziele können der Begründung zur Vorlage entnommen werden.

Herr Klipp bringt zum Ausdruck, dass es hier um die Frage gehe, ob die Universität Potsdam an diesem Standort ihren Bedarf auch in Zukunft decken kann. Der Rahmen des Gesamtkonzeptes ist mit den Denkmalbehörden abgestimmt worden. Im Ergebnis bedeute das, dass es entweder eine Entwicklung in dem hier vorgestellten Rahmen gebe, oder gar keine, so dass ein Verbleib der Universität am Standort Neues Palais fraglich werden würde. Die Prüfung durch die Verwaltung ist erfolgt und es wird vorgeschlagen, die Bebauung nach § 35 BauGB vorzunehmen. Für den weiteren Genehmigungsprozess wird das Votum der Stadtverordnetenversammlung benötigt, um den Oberbürgermeister zu autorisieren, die Verwaltungsvereinbarung zu unterzeichnen. Die bisherige Abstimmung mit den anderen Partnern war es, noch vor der Sommerpause ein klares Votum zu erhalten.

Herr Dr. Kretschmann (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur) teilt mit, dass er dieses Vorhaben von Seiten des Ministeriums begleite. Die Ziele bestehen darin, die Universität Potsdam zu unterstützen und vor allem auch an diesem Standort Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Der Gesamtflächenbedarf wird am Standort Neues Palais derzeit weit unterschritten. Er bestätigt, dass bei einer Bebauung an diesem Standort Welterbe und Denkmalschutz zu beachten sind und in Einklang gebracht werden müssen.

Herr Dr. Kretschmann betont nochmals, dass der Abriss der Studentenwohnanlage nicht geplant sei und auch kein Bestandteil des Plangebietes ist. Die Sportflächen sollen verlagert werden. Der Verbleib erfolgt solange, bis an anderer Stelle in der Stadt ein Ersatzstandort gefunden wird. Der Zeitraum der hier vorgestellten Planung beläuft sich auf mindestens 10-15 Jahre, möglicherweise auch länger.

Die Maßnahmen, die die Universität betreffen, finanziert das Land. Die Pflanzung von Baumgruppen ist welterbeverträglich vorgesehen und die Freistellung der Lindenallee ist vorgesehen.

Im vergangenen Jahr habe man pflichtgemäß das Welterbekomitee informiert. Dieses hat die Information zur Kenntnis genommen und auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet.

Wenn die Stadt dem Vorhaben die Zustimmung erteilt, könnte in diesem Jahr ein Ideen-/Gestaltungswettbewerb für das Gesamtvorhaben sowie ein Realisierungswettbewerb für den 1. Bauabschnitt durchgeführt werden. Für den 1. Bauabschnitt sind 15,8 Mio. € veranschlagt

Herr Kirsch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung auf die nächste Sitzung.

Dafür und dagegen spricht niemand. Der GO-Antrag auf Vertagung wird zur Abstimmung gestellt: 8/3/0

Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung die hier geäußerten Bedenken und Fragen aufzubereiten und rechtzeitig den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

#### **zu 4.2 Info. zur Genehmigungsfähigkeit Kunsthalle im Palais Barberini**

Herr Klipp informiert, dass die Vorlage "Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung der nordöstlichen Teilbereiche des Bebauungsplanes SAN P 13 "Havelufer/Alte Fahrt" in der STVV am 5. 6. 2013 eingebracht wird und ein Sofortbeschluss erbeten wird.

Der Bauantrag liegt seit dem 15. 05. 2013 mit der Nutzung für die Kunsthalle vor. Um diesen Antrag genehmigungsfähig zu machen und die Baugenehmigung erteilen zu können, sind Änderungen im Bebauungsplanverfahren SAN P13 erforderlich. Eine Vorstellung gegenüber den Fraktionen ist bereits erfolgt..

Frau Jantzen (Stadterneuerung) informiert, dass für die Errichtung einer Kunsthalle auf dem Grundstück des Palast Barberini die Änderung des Bebauungsplans in den folgenden 3 Punkten erforderlich ist:

Die bisher geplante Tiefgarage auf einem Teil des Grundstücks Humboldtstraße 4 und 5 wird als Technik-Untergeschoss auf der gesamten Grundstücksfläche benötigt. Das führt zu einer Überschreitung der GRZ auf 1,0, was im Rahmen einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht möglich wäre. Hier ist die Änderung des Bebauungsplans erforderlich. Für die zügige Umsetzung des Vorhabens ist zu prüfen, ob nach Einleitung der Planänderung diesbezüglich eine Befreiung erteilt werden kann.

Für die Nutzung als Kunsthalle werden 50-80 Stellplätze benötigt, die in einer TG auf den Grundstücken Brauerstraße 4,5,6 untergebracht werden sollen. Für diese Grundstücke müsste eine Überarbeitung des Bebauungsplans erfolgen, so dass die Errichtung einer gemeinsamen TG auf den drei Grundstücken auf der gesamten Grundstücksfläche zulässig wird. Weiterhin ist das oberirdische Baukonzept zu überprüfen.

Für die Nutzung des Palast Barberini als Kunsthalle wird die geplante öffentliche Durchwegung des Grundstücks vom Alten Markt zur Uferpromenade wegfallen müssen. Dies hat u.a. klimatechnische und versicherungstechnische Gründe.

Herr Pfrogner bedauert, dass im Voraus keine Einbindung – damit keine gemeinsame Entscheidung - erfolgt ist. Er hält den Schnellschuss für die schlechtere Variante. Er plädiert zunächst für einen umfassenden Diskurs in der Stadtgesellschaft.

Herr Lehmann nimmt Bezug auf das früher durchgeführte Bieterverfahren.

Herr Klipp informiert, dass die Vergabe der Grundstücke Brauerstr. 4 bis 6 explizit außerhalb des Vergabeverfahrens "Potsdamer Mitte" erfolgen soll. Dies habe mit

dem Bieterverfahren "Potsdamer Mitte" nichts zu tun.

Herr Heuer hinterfragt die Möglichkeit einer dauerhaften Festschreibung des Nutzungskonzepts "Kunsthalle", da der Wegfall der Durchwegung ja wertsteigernd für das Grundstück sei.

Herr Szilleweit spricht dafür, den Zeitdruck herauszunehmen.

Herr Menzel kündigt für die STVV einen Änderungsantrag hinsichtlich der Frage der Durchwegung an. Außerdem spricht er sich für einen Architekturwettbewerb aus.

Herr Klipp teilt mit, dass die Kunsthalle auch heute schon zulässig wäre, da Art der Nutzung Mischgebiet festgeschrieben worden ist. Bei der vorliegenden Vorlage geht es vor allem um das Maß der Nutzung. Bzgl. der Anregung die Durchwegung durch die Brauer Str. 5 zuzulassen, informiert Herr Klipp, dass das Ufer um das Grundstück Brauerstr. 6 herum erreichbar sein wird. Die ausstehende Planung für die Brauerstr. 4-6 wird sich an den gestalterischen Vorgaben des Leitbautenkonzeptes orientieren. Die erforderlichen bodenarchäologischen Untersuchungen müssen durchgeführt werden. Die Befundlage ist entsprechend zu dokumentieren. Entsprechende Regelungen finden sich im Kaufvertrag wieder.

Die Vorstellung des Vorhabens könne in einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

Herr Teuteberg hinterfragt das unklare Nutzungskonzept der Kunsthalle. Seines Erachtens fehle die Definition, was soll ausgestellt werden, welche Nutzungs/Betrachtungszeiten wird es geben? Gibt es diese auch abends? Herr Teuteberg bittet protokollarisch festzuhalten, dass er vor der Erteilung der Baugenehmigung die Beteiligung/Vorstellung im SB-Ausschuss wünscht. Er vermisst im Übrigen einen Abwägungsvorschlag der Verwaltung zum Wegfall der Durchwegung.

Herr Klipp vermittelt, dass die Aufgabe der Abwägung bei der Stadtverordnetenversammlung liege. Hier gibt es das Angebot eines privaten Bauherren eine Kunsthalle zu errichte und den Unterhalt sowie die Betriebskosten zu übernehmen. Dagegen steht der Bebauungsplan, welcher eine öffentliche Durchwegung vorsieht.

Bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Durchwegung ist die Kunsthalle nicht genehmigungsfähig. Herr Klipp macht in diesem Zusammenhang aufmerksam, dass auch das Konzept für das Hotel keine öffentliche Durchwegung mehr vorgesehen hatte.

Auf den Hinweis von Herrn Teuteberg eingehend stellt Herr Klipp klar, dass Stadtverordnete auch im Baugenehmigungsverfahren für die Kunsthalle keine Beteiligten nach Brandenburgischer Bauordnung sind.

Herrn Kirsch kann die Diskussion zwischen wenn und aber nicht verstehen. Das Vorhaben sollte von der Stadt als Chance gesehen und ergriffen werden.

Herr Klipp bestätigt auf Nachfrage von Herrn Kühn, dass unter der Brauerstr. 1/2/und 3 keine Tiefgarage vorgesehen ist.

Der Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass der Austausch zu Informationen der Verwaltung erfolgt ist und sich morgen der Hauptausschuss mit dieser Thematik befassen wird.

Herr Lehmann stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass jetzt ein Votum abgegeben werden sollte. Alle Konfliktpunkte sind innerhalb der Diskussion aufgezeigt worden, so dass jeder für sich eine Entscheidung treffen könne. Später zieht Herr Lehmann diesen Antrag wieder zurück.

Herr Jäkel stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Rednerliste abgearbeitet sei. Er empfiehlt die Beratung mit den Fraktionen, im Hauptausschuss und am Montag nochmals in der Fraktion

Herr Klipp macht aufmerksam, dass die Vorlage in der STVV am 5.6.2013 zur Beschlussfassung eingebracht wird.

**zu 3.5 Städtebauliches Gutachterverfahren an der Heinrich-Mann-Allee**  
**Vorlage: 13/SVV/0246**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Eine Einbringung des Antrages erfolgt nicht.

Frau Holtkamp (verbindliche Bauleitplanung) berichtet, dass die Verwaltung dem inhaltlichen Anliegen aufgeschlossen gegenüber steht. Sie macht aufmerksam, dass die Erschließungsplanung für das Humboldt-gymnasium bereits abgeschlossen ist. Die angesprochenen Flächen befinden sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes H.-Mann-Allee/Kolonie Daheim. Aufgrund der noch erforderlichen Klärung der Tennisplätze schlägt die Verwaltung vor, den Termin der Berichterstattung auf den Dezember 2013 zu verlegen. Bis dahin könne ein relativ konkret formulierter Vorschlag für die Durchführung eines Gutachterverfahrens erfolgen.

Die Antragsteller B90/Die Grünen und SPD stimmen der Terminänderung zu.

Herr Pfrogner bittet um Beachtung der rechtlichen Grundlage RPW 2008.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordneten-

versammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Gesamtareal Straßenbahndepot, Sportgelände des Tennisclubs Rot-Weiß bis zum Humboldt-Gymnasium an der Heinrich-Mann-Allee ein städtebauliches Gutachterverfahren auszuschreiben. Die Anordnung neuer Baufelder soll eine städtebaulich qualitätsvolle Struktur erhalten, auf deren Grundlage dann erst die Einzelbauwerke geplant werden sollen.

Die Verwaltung soll ein Verfahren vorschlagen, in dem zeitnah eine Lösung erarbeitet werden kann. Darüber ist dem SB-Ausschuss im ~~Juni~~ **Dezember** 2013 Bericht zu erstatten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>9</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3.6 Gastronomie in der Schiffbauergasse**

**Vorlage: 13/SVV/0248**

Fraktionen FDP, SPD

HA

Herr Teuteberg bringt den Prüfauftrag ein.

Frau Dr. Seemann (Kultur und Museum) informiert, dass die Verwaltung dem Antragsanliegen sehr aufgeschlossen gegenüber steht. Die Bereiche Kultur, Wirtschaftsförderung und Bauen sind hier betroffen. Frau Dr. Seemann benennt die 8 bereits in der Schiffbauergasse vorhandenen gastronomischen Einrichtungen, wie u.a. Restaurantschiff, Zichorienmühle etc. Gemeinsam mit den v.g. Bereichen wird die erbetene Prüfung erfolgen und das Ergebnis vorgelegt werden.

Herr Jäkel äußert sich verwundert über das Antragsanliegen. Er erinnert daran, dass bereits die Verlagerung des Theaterschiffs an die Schiffbauergasse das Restaurantschiff Barnett gefährden soll. Er wird sich der Stimme enthalten.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie sich im Sanierungsgebiet der Schiffbauergasse gezielt weitere Gastronomieangebote ansiedeln lassen können. Ziel sollte es sein, ein Areal mit zahlreichen gastronomischen Angeboten

zu entwickeln, dass das jetzige kulturelle und gastronomische Angebot sinnvoll ergänzt und zur Belebung des Areals beiträgt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 5

**zu 3.7 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild**

**Vorlage: 13/SVV/0249**

Fraktion FDP  
HA

Vertagt auf die nächste Sitzung.

**zu 3.9 Gestaltungskonzept Breite Straße**

**Vorlage: 13/SVV/0284**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
Mitteilungsvorlage

Frau Holtkamp (Stadtplanung und Stadterneuerung) macht aufmerksam, dass mit den verfügbaren finanziellen Mitteln die Umsetzung der mit dem Beschluss beabsichtigten städtebaulichen Rahmenplanung nicht möglich ist.

Unter Verweis auf die Stellungnahme der Initiative Breite Straße (sh. Tischvorlage) führt Frau Holtkamp weiter aus, dass die inhaltliche Initiative unterstützenswert sei, wenn die finanziellen Mittel verfügbar wären. Wenn finanzielle Mittel in den Haushalt eingestellt werden würden, dann könne der Intention nachgekommen werden.

Herr Jäkel wirbt dafür, mit einfachen Mitteln zu Verschönerungen beizutragen. Er bittet für Anregungen offen zu sein, wenn entsprechende Anträge eingereicht werden.

Herr Pfrogner erinnert an die vorgestellte Planung des Umbaus zwischen Schloßstraße und Dortustraße. Er fragt nach der Fortführung und spricht sich für eine weitere Teiluntersuchung aus.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Stadtverordneten mit Blick auf die Initiative Breite Straße bestimmte Teile aufzunehmen und mit Vorschlägen/Anträgen, die den Haushalt betreffen, zu untersetzen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 3.10 Fassadengestaltung der Studentenwohnanlage Breite Straße 15-21**

**bezgl. DS 13/SVV/0127**

**Vorlage: 13/SVV/0292**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
Mitteilungsvorlage



Eine Einbringung ist nicht erforderlich.

Herr Jäkel erinnert, dass der OBM den Auftrag erhalten habe, den Kontakt mit dem Studentenwerk aufzunehmen und bittet um Information, wer das persönliche Gespräch im Auftrag des OBM geführt hat.

Herr Kahle (Stadtplanung und Stadterneuerung) teilt mit, dass die Kontaktaufnahme in schriftlicher Form erfolgt sei, d.h. es sind keine Gespräche geführt worden. Er wird dieses Schreiben dem Protokoll beifügen.

Herr Jäkel spricht das Mosaik am Rechenzentrum an und empfiehlt zum ggb. Zeitpunkt die Einordnung zwischen der Breiten Straße und dem Studentenwohnheim.

#### **zu 4        Mitteilungen der Verwaltung**

##### **zu 4.1     STEK Verkehr Vorstellung des im SBA am 15.11.2012 abgestimmten Kontrollscenario, Vorschlag Szenario Nachhaltige Mobilität neu FB Stadtplanung und Stadterneuerung**

Vertagt auf die nächste Sitzung.

##### **zu 4.3     Info. bzgl. Busverbindung vom Lerchensteig und Fahrradtrassen (entspr. Bitte von Herrn Heuer) Bereich Beteiligungsverwaltung Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung**

Herr Kahle (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) informiert zum Sachverhalt (sh. Protokollanlage).

##### **zu 4.4     BE Uferwege im B-Plan Nr. 83 "Campus am Jungfernsee" (entspr. Bitte von Herrn Heuer) FB Stadtentwicklung und Stadterneuerung**

Frau Rabbe (Entwicklungsträger Bornstedter Feld) informiert über die erfolgten Abstimmungen und stellt die Planung mittels Präsentation vor. Auf Nachfragen der Teilnehmer geht sie ein (Planung sh. Anlage).

##### **zu 4.5     BE Alleenschutz in der Drewitzer Straße FB Grün- und Verkehrsflächen**

Herr Praetzel (Grün- und Verkehrsflächen) informiert über die morgen beginnenden Baumschutzmaßnahmen. Die Anlieger sind in der vergangenen Woche darüber informiert worden und die verkehrsrechtlichen Anordnungen liegen vor.

##### **zu 4.6     Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom**

**01.05.2013 bis 15.05.2013**

Bereich Bauordnung

Zu der Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 28.05.2013 erfolgt keine Nachfrage.

Herr Klipp teilt mit, dass das Vorhaben Palais Barberini in dieser aktuellen Liste noch nicht enthalten ist. Er unterbreitet das Angebot, beim Bauherren und Architekten dafür zu werben, dass das v.g. Vorhaben am 11.06.2013 vorgestellt wird.

**zu 5      Sonstiges**

Herr Klipp informiert, dass der Workshop "Langer Stall" am 12.6.2013 durchgeführt wird. Die Einladungen an die Fraktionen werden in Kürze rausgehen. Aufgrund der erbetenen Beteiligung des Gestaltungsrates habe man den Anschluss an den nächsten regulären Termin mit dem Gestaltungsrat gewählt, da die Mitglieder an diesem Tage bereits im Hause sind.

Nicht öffentlicher Teil im RIS nur sichtbar für Befugte.